

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 7 (1981)
Heft: 4

Artikel: SPS
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-359491>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz wurde 1888 mit 300 Mitgliedern und sechs Sektionen gegründet.

Heute zählt die Partei 1100 Ortssektionen, in denen rund 60'000 Mitglieder – davon sind 1/5 Frauen – organisiert sind. Die SPS kann aber am meisten Wählerstimmen (nach Gruner 39%, FDP 27%, CVP 12%, SVP 9%, LdU 9%) für sich verbuchen und ist von daher die grösste schweizerische Partei.

Sie ist in 24 Kantonen (Ausnahme Obwalden und Appenzell Innerrhoden) als Kantonalpartei präsent.

Im Nationalrat ist die SPS mit 51 (gleich viele wie die FDP), im Ständerat mit 9 Parlamentarier/innen vertreten. Davon sind 7 (Hedi Lang, Doris Morf, Lilian Uechtenhagen, Ursula Mauch, Francoise Vonnay, Heidi-May Deneys, Amelia Christinat), bzw. 2 (Esther Bühler, Emilie Lieberherr) Frauen. Die SPS stellt zwei Bundesräte: Willy Ritschard und Pierre Aubert. In der Geschäftsleitung sind von 14 Mitgliedern 5 Frauen, im Parteivorstand finden sich unter 102 Männern 23 Frauen. Oberstes Organ ist der Parteitag. Zwischen den Parteitagen bestimmt der Parteivorstand die politischen Richtlinien, seine Beschlüsse sind für die Kantonalparteien bindend.

Im Unterschied zu andern Parteien wird die Parteikasse ausschliesslich durch die Beiträge der Mitglieder gespiesen, „im Hintergrund stehen keine finanzkräftigen Interessengruppen“.

Die SPS sieht sich als Vertreterin der „Lohnabhängigen und der Gruppen, die am Rande des wirtschaftlichen Geschehens“ stehen.

SPS

DIE PARTEI...

Die SPS als grösste und stärkste Linkspartei in der Schweiz hat eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Hier einige Daten: 1888: Gründung der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei

1890: erster SP-Nationalrat

1910 bis 1915: Reorganisation der SP Schweiz, u.a. endgültige Trennung vom „Grütliverein“ (Kleinbürgerlicher Arbeiterverein).

1914: 1. Weltkrieg, in der SPS reisst der kämpferische Flügel – auf dem Boden des internationalen Sozialismus stehend – die Führung an sich. Der sog. Grütlienerflügel versinkt in die Bedeutungslosigkeit.

1918: Generalstreik in der Schweiz

1919: erste Nationalratswahlen nach Proporzsystem, die SPS gewinnt auf Anhieb 21 Sitze, es sind jetzt 41. Dritte Internationale in Moskau: SPS-interner Kampf um den Beitritt endet 1920/21 mit Spaltung der Partei und

1921: Gründung der Kommunistischen Partei der Schweiz

1929 bis 1943 Kampf um die Regierungsbeteiligung auf schweizerischer Ebene

1943: Erster SP-Bundesrat

1944: diverse Parteiausschlüsse und Parteispaltung durch die Gründung der Partei der Arbeit

1947: AHV durchs Volk angenommen, SPS und SGB massgeblich beteiligt.

Die Daten sind recht unvollständig und sagen vielleicht nicht sehr viel aus. Es lässt sich aber doch daraus ersehen, dass die SPS harte und folgenschwere Diskussio-

nen um Richtlinien und Zielsetzungen führte, dass sie sich ihre heute selbstverständliche Teilnahme an der Regierung mühsam erkämpfen musste. Für mich – als nicht wissenschaftliche Beobachterin – hat sich die SPS aber auch von einer recht revolutionären, agitatorischen Arbeiterpartei zu einer etwas lahmten, reformistischen Regierungspartei entwickelt.

Immerhin stellt sich heute die SPS offiziell gegen die bürgerliche Unternehmerpolitik und versucht Folgen der einseitigen, profitorientierten Denkweise abzubauen. Als Vertreterin der „lohnabhängigen Bevölkerungsschichten“ setzt sie sich für gerechtere Besteuerung, Abbau der Macht der Banken, Bodenrechtsreform, Mitbestimmungsrechte und die Sicherung einer menschenwürdigen Umwelt ein.

Im Programm bekennt sich die SPS zum demokratischen Sozialismus. Dessen Ziele und Aufgaben sind laut der Erklärung der Sozialistischen Internationale in Frankfurt, 1951, „eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens“. Erreicht werden kann dieses Ziel nur durch die aktive Teilnahme des Volkes, d.h. durch absolute Demokratie. Dieser Sozialismus will „das kapitalistische System überwinden durch eine Wirtschaftsordnung, in der das Interesse der Gemeinschaft über dem Profitinteresse steht.“ Die Produktion soll im Interesse des Volkes geplant werden. Dazu kann kollektives Eigentum geschaffen werden, wobei die Existenz von Privateigentum auf wichtigen Gebieten (Landwirtschaft, Handwerk, Kleinindustrie) nicht abge-

lehnt wird. Alles in allem – in der zitierten Broschüre „Das Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz“ sind noch andere Punkte aufgeführt – will der Sozialismus „die Befriedigung der menschlichen Lebensbedürfnisse“.

Dass in dieser Gesellschaftsordnung auch gleiche Rechte für die Frauen verwirklicht sein müssen, scheint logisch. Die SPS führt in ihrer politischen Erklärung für 1979 bis 1983 Forderungen auf, die ein fortschrittliches Frauen- und Familienverständnis vorgeben. Darunter sind zu nennen: Recht auf Arbeit unabhängig von Geschlecht, Flexibilität in der Arbeitszeit und mehr Teilzeitstellen, gleiche Aufstiegsmöglichkeiten für Frau und Mann, eine aktive Familienpolitik, die auch andere Formen als die Kleinfamilie akzeptiert, die Fristenlösung, gleiche Lehrpläne für Knaben und Mädchen.

Parolen:

Frauenstimmrecht 1959: Ja

Frauenstimmrecht 1971: Ja

Fristenlösung 1977: Ja

Schwangerschaftsgesetz 1978: Nein

Stellungnahmen und Vernehmlassungen:

Initiative „Gleiche Rechte“: Dem Initiativtext wird aus „voller Überzeugung“ zugestimmt und der Gegenvorschlag wegen seiner „abschwächenden Wirkung“ abgelehnt. (Die Parole für den 14. Juni der SPS lautet aber Ja.) Eherecht: Grundsätzlich befürwortet die SPS das neue Ehe- und Ehegüterrecht. In der Vernehmlassung werden zusätzlich Punkte korrigiert, die die Gleichstellung von Mann und Frau nicht konsequent gewährleisten. So forderte die SP u.a. freie Wahl des Familiennamens und Bürgerrechts und Anteilanspruch des haushaltführenden Ehegatten auf die Hälfte des Erwerbseinkommens.

Mutterschaftsversicherung: Die SPS hat die MSV-Initiative mitlanciert.

... UND IHRE FRAUENKOMMISSION

Die ersten SP-Frauengruppen sind um 1900 entstanden. Sie sind aus Arbeiterinnenvereinen hervorgegangen, die sich schon damals für bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen einsetzten. Später forderten die SP-Frauen über und zusammen mit der Partei die politische Gleichberechtigung und Partnerschaft zwischen Mann und Frau. In diesem Kampf war die SPS lange Zeit führend und heute gilt sie als besonders profiliert in Frauenfragen.

Massgeblich mitgewirkt an dieser Profilierung haben – wie immer im Hintergrund – die Frauengruppen. Hier nämlich erhal-

Die SP-Frauen der Schweiz sind zwar der SPS angeschlossen, haben aber eigene Statuten und können bis zu einem gewissen Grad als eigenständige Organisation handeln.

In rd. 1/5 der Sektionen gibt es Frauengruppen, insgesamt 220. Die Orts- und Bezirksgruppen sind kantonal zusammengeschlossen. Die Kantonalgruppen bilden die SP-Frauen Schweiz. Die Frauengruppen haben kein eigenes Delegationsrecht am schweizerischen Parteitag. 15 Delegierte gehören der Zentralen Frauenkommission an, die einmal pro Monat zusammenkommt. 5 Vertreterinnen der Frauenkommission haben Anrecht auf Mitgliedschaft im Parteivorstand. Alle zwei Jahre findet ein ordentlicher Frauenkongress statt. Dazwischen werden Arbeitstagungen und Konferenzen veranstaltet. Finanziert werden die Tätigkeiten der Frauen durch die SPS.

„S Rote Hefli“ ist das Presseorgan der SP-Frauen. Es wird monatlich von einem 5-köpfigen Redaktionskollektiv herausgegeben, der Verlag gehört den SP-Frauen und funktioniert auf genossenschaftlicher Grundlage.

ten die Frauen die nötige Stärkung und Rückendeckung, um ihre Anliegen in die Parteigremien einzubringen und mit genügender Vehemenz und Durchsetzungswillen zu vertreten.

Das ist u.a. auch – so Elfie Schöpf – Zweck der Frauengruppen. Wichtiger als im Alleingang zu handeln, sei ihnen die Bewusstseinsbildung innerhalb der Partei. Die Frauenanliegen sollen auch Sache der Männer werden.

Auf gesamtschweizerischer Ebene funktioniert die Zusammenarbeit mit den Männern bereits recht gut. Allerdings scheint auch bei ihnen der Einsatz für Frauenfragen eng mit Profilierungsabsichten zusammenzuhängen...

Schwieriger gestaltet sich die Arbeit der Frauengruppen in kleineren und ländlichen Sektionen. Naturgemäss geht hier der Bewusstseinsbildungsprozess langsamer voran, zudem ergeben sich gruppeninterne Schwierigkeiten wegen grosser Altersunterschiede (Überalterung der Partei). Das führt dazu, dass Frauen direkt – junge Frauen sind selbstbewusster und brauchen die Frauengruppen nicht mehr als „Durchlauferhitze“ – in die Parteipolitik einsteigen. Auch das wird als Nachteil gesehen. Erfahrungsgemäss integrieren sich diese Frauen zu schnell und setzen dann in den Gremien zuwenig den Druck auf, der für die Behandlung von Frauenfragen und öffentlichen Zugeständnissen noch immer nötig ist.

Um die Gettoisierung einerseits und die zu starke Integration andererseits – eine

Minderheit von drei Frauen möchte sogar sämtliche Frauenstrukturen abschaffen – zu verhindern, sollen am nächsten ordentlichen Frauenkongress Struktur- und Statutenänderungen, die die Führungs- und

Marlene Staeger sprach mit Elfie Schöpf, Sekretärin der SP-Frauen Schweiz.

Delegiertengremien stärken, diskutiert werden.

Ausser in den schweizerischen Parteigre-

mien sind die Frauen auch im Parlament gut vertreten. Die National- und Ständerätinnen solidarisieren sich zwar mit den Frauen, leider bleibe aber zuwenig Zeit für ein stärkeres Engagement in Frauenfragen.

Elfie Schöpf meint, dass eine OFRA, die viel Öffentlichkeitsarbeit betreibt ebenso nötig ist wie die SP-Frauengruppen, die parteiintern und parlamentarisch arbeiten. Eine Zusammenarbeit mit progressiven Frauen sei eigentlich anzustreben. Vielleicht könnte sogar ein Treffen zur Diskussion gemeinsamer Ansatzpunkte organisiert werden.

Die Progressiven Organisationen der Schweiz wurden 1971 gegründet. Damit ist die POCH eines der jüngsten Kinder, das dem schweizerischen Vielparteiensystem entsprungen ist. Innert recht kurzer Zeit ist es ihr gelungen, sich in verschiedenen Deutschschweizerischen Kantonen zu profilieren und in diverse Kantonsparlamente gewählt zu werden. 1979 zog die POCH mit zwei Vertretern in den Nationalrat ein; gewählt wurden in Zürich und Basel ein Mann und eine Frau. Zusammen mit der PdA und PSA (Partito Socialista Autonomo) bilden sie dort eine Fraktion.

Der Anteil der Frauen in der POCH ist wohl überdurchschnittlich hoch, genaue Mitgliederzahlen werden allerdings nicht bekanntgegeben. Immerhin lässt sich ausrechnen, dass etwa 40% aller POCH-Parlamentarier Frauen sind. Die Partei ist streng zentralistisch organisiert: Die nationale Delegiertenversammlung wählt den 53-köpfigen Nationalen Vorstand, dieser wiederum die 10-köpfige Geschäftsleitung (z.Z. neun Männer und eine Frau).

Die parteieigene Zeitung heisst „PZ“ (früher „POCH-Zeitung“), daneben geben die einzelnen kantonalen Sektionen vor allem vor Wahlen und Abstimmungen eigene Blätter mit Zeitungsscharakter heraus. Zentralsekretär der nationalen Partei ist zurzeit Eduard Hafner.

POCH

DIE PARTEI...

Im Zuge der Pariser Jugendunruhen 1968 entstanden auch in der Schweiz kleine Gruppen von Studenten und Schülern, die sich politisch organisierten und vorerst vor allem gegen den Vietnamkrieg und die veralteten Strukturen an den Hochschulen protestierten. In Basel entwickelten sich die PSB (Progressive Studenten) auf verworrene Weise vom Aktivisten-Gheimbund zur politischen Organisation POB. Zwei Jahre später wird aus vier kantonalen Organisationen (BS, ZH, SO und SG) die nationale Partei POCH. Anhand der beiden Volksinitiativen für die 40-Stunden-Woche und AHV-Alter 60/58 kann sich die POCH festigen und vergrössern; sie entwickelt sich vom Studenten- und Akademiker-Club zur allseits bekannten linken Partei.

Die POCH ist der sozialistischen Theorie verpflichtet, d.h. sie betrachtet die Arbei-

terklasse als die fortschrittliche Kraft in der gesellschaftlichen Entwicklung, sie kämpft gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, gegen die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen. Die POCH ist aber weder eine „eurokommunistische“ noch eine „moskauhörige“ Partei. Sie nennt sich „selbstköpfig“, also keinem internationalen Block verpflichtet. In ihrem Programm „Für eine demokratische Erneuerung der Schweiz“ sieht sie den Weg einer Veränderung der schweizerischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nur über ein breites Bündnis aller Strömungen und Schattierungen des Volkes. Es geht der POCH also nicht generell um den Kampf gegen die bürgerlichen Parteien und ihre Wähler, sondern um den Kampf gegen die „monopolistische Bourgeoisie“, d.h. denjenigen Teil des Bürgertums, der in seinen Händen eine riesige wirtschaftliche Macht zentralisiert. Neben den Gewerkschaften und den